

«Die Schweiz ist eine löbliche Ausnahme»

Der Ökonom Daniel J. Mitchell sieht die USA auf dem Weg in die Schuldenfalle und preist die Schweiz als Vorbild

Von Hansjörg Müller, Washington

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Daniel J. Mitchell ist leitendes Mitglied des Cato-Institutes, einer libertären, parteiunabhängigen Denkfabrik in Washington. Aufsätze von ihm sind unter anderem im «Wall Street Journal» und der «New York Times» erschienen; regelmässig tritt er bei grossen Fernsehsendern wie CBS, CNN und Fox auf. Der 54-Jährige ist ein überzeugter Befürworter des Einheitssteuersatzes (Flat Tax) und des Steuerwettbewerbs. Im Steuerstreit zwischen der Schweiz und den USA gehört er zu den wortgewaltigsten Fürsprechern der Eidgenossenschaft in Amerika.

BaZ: Herr Mitchell, Sie haben sogenannte Steueroasen wie die Schweiz in der amerikanischen Öffentlichkeit immer wieder verteidigt. Warum?



Daniel J. Mitchell:

Wir brauchen den Druck durch Steueroasen als Disziplinierungsinstrument für unsere eigene Regierung. Gibt es nämlich keinen Steuerwettbewerb, geben Regierungen zu viel aus und erheben zu hohe Steuern. Wohin dies auf längere Sicht führt, sehen wir derzeit in Italien und Griechenland.

Gegenüber den USA hat die Schweiz ihr Bankgeheimnis praktisch schon aufgegeben...

Die Schweiz war grossem Druck ausgesetzt, und die amerikanischen Behörden verhielten sich grob unfair: Es gab schwere Drohungen, sowohl gegen Schweizer Banken als auch gegen deren Mitarbeiter. Dabei wurde die Souveränität der Schweiz in keiner Weise respektiert. Die Gier der Politiker nach immer mehr Steuergeldern scheint heute über dem Recht zu stehen. Ich fand dieses Vorgehen ekelhaft: Amerika hat die Schweiz schlechter behandelt als Nordkorea. Leider hat Bern nachgegeben. Sicher, es ist nicht einfach, sich als kleines Land auf der internationalen Bühne zu behaupten, aber man kann eine solche Situation auch als Herausforderung betrachten.

Von der Existenz der Steueroasen profitieren nur die Reichen, heisst es vor allem von linker Seite.

Ein fundamentales Missverständnis: Wird die Regierung zu einer moderaten Steuer- und Ausgabenpolitik gezwungen, hilft das der Primarlehrerin in Pennsylvania genauso wie einem schwerreichen Unternehmer. Der einzige Grund für die Konflikte zwischen



Ungleiche Partner. Die USA zeigen wenig Respekt vor der Souveränität der Schweiz im Steuerstreit. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf beim Besuch des amerikanischen Justizministers Eric Holder im April 2012. Foto Keystone

der Schweiz und den Hochsteuereuländern ist denn auch deren schlechte Politik. Anstatt die Schweiz zu zwingen, ihre Politik zu ändern, sollten wir Amerikaner lieber schauen, was bei uns falsch läuft.

«Gier der Politiker nach immer mehr Steuergeldern scheint über dem Recht zu stehen.»

Und was läuft in Amerika falsch?

Dass wir uns immer mehr den europäischen Wohlfahrtsstaaten annähern, wodurch die Zukunft unseres Staatshaushalts immer düsterer aussieht. Schuld daran ist eine in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete, unverantwortliche Anspruchshaltung. Die Ausgaben der Regierung umfassen in den USA 40 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Vergleich mit den meisten europäischen Ländern, deren Staatsquote deutlich über 50 Prozent des BIP liegt, stehen wir damit immer noch gut da, doch der Trend geht in die falsche Richtung. Die Schweiz ist in Europa eine löbliche Ausnahme. Ihre Staatsquote liegt bei nur 35 Prozent.

Warum macht es die Schweiz besser?

Vor allem hat sich die Schweiz ihren Föderalismus bewahrt. Während in den USA mittlerweile 70 Prozent aller steuerpolitischen Entscheide in Washington gefällt werden, hängt in der Schweiz noch immer der weitaus grössere Teil der Steuerbelastung davon ab, in welchem Kanton und in welcher Gemeinde man lebt.

Das heisst, einen Steuerwettbewerb wie in der Schweiz gibt es in den USA heute nicht mehr?

Es gibt ihn schon noch: Kalifornien zum Beispiel erhebt eine Einkommenssteuer von etwa zehn Prozent,

das benachbarte Nevada erhebt dagegen gar keine. In Tennessee zahlen Unternehmen wesentlich weniger Steuern als in New York. Doch die Entwicklung geht auch hier in die falsche Richtung. Bereits heute bezahlt jeder Amerikaner 35 Prozent seines Einkommens an die Bundesregierung, ganz egal in welchem Teil des Landes er lebt.

Was sollte der nächste Präsident – abgesehen von Steuersenkungen – tun, um Amerika auf die Beine zu helfen?

Vor allem sollte er die Schweizer Schuldenbremse kopieren. Das wäre der beste Weg, die Staatsausgaben zu senken. In der Schweiz hat die Schuldenbremse dazu geführt, dass die Staatsausgaben weniger stark wachsen als die Inflation. De facto gibt der Staat also jedes Jahr weniger Geld aus. **Setzen Sie Ihre Hoffnungen auf Mitt Romney?**

Nein! Mit ihm würde sich nichts ändern. Schon George W. Bush gab zu viel Geld aus, und alles, was Obama bisher getan hat, war, Bushs Politik fortzusetzen. Was wir heute bräuchten, sind Politiker vom Format eines Ronald Reagan oder einer Margaret Thatcher. Doch in der diesjährigen Wahl stehen sich zwei Kandidaten gegenüber, die für ungehemmtes Ausgabenwachstum stehen: Als Gouverneur von Massachusetts hat Romney eine Gesundheitsreform durchgesetzt, die zur Blaupause für diejenige Obamas wurde. Und deren Folge wird sein, dass wir künftig im Gesundheitswesen noch weniger Wettbewerb haben werden als in den meisten europäischen Ländern. In der Schweiz spielt der Staat zwar eine grosse Rolle, indem er jeden anhält, sich zu versichern, aber immerhin gibt es noch Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

War die Gesundheitsreform Obamas grösster Fehler?

Ja, das war sie, und sein zweiter grosser Fehler war das, wofür man ihn heute am lautesten feiert: die angebliche Rettung der Autoindustrie. Der Staat gibt Privatunternehmen Geld. Das ist nichts anderes als Vetternwirtschaft. Schauen Sie sich Argentinien an: Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte das Land zu den reichsten der Welt, aber dann ging es einen Weg, den ich als Wirtschaftsfaschismus bezeichne: Nominell gibt es zwar Privateigentum, doch am Ende übt die Regierung die Kontrolle aus. Der Staat bestimmt, wer Aufträge und Konzessionen erhält. Das ist kein freier Markt mehr. In einem freien Markt spielen persönliche Beziehungen zur Regierung keine Rolle.

Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen sollte die Wirtschaft eigentlich das bestimmende Wahlkampfthema sein. Warum nur vermag Romney davon nicht zu profitieren?

Zum einen hat Obama das Gros der amerikanischen Medien auf seiner Seite. Gewiss, es ist sicher nicht so, dass CBS oder die «New York Times» lügen würden, aber sie wählen doch sehr selektiv aus, worüber sie berichten und worüber nicht. Abgesehen davon ist Obama ein wesentlich begabter Politiker als Romney, der unfähig ist, eine griffige politische Botschaft zu vermitteln. Im Gegensatz zu Ronald Reagan glaubt Romney an nichts. Er will Präsident werden, um seinen Lebenslauf abzurufen. Im Grunde ist er wie einer dieser Schüler, die unbedingt Klassensprecher werden wollen, um dem eigenen Ego zu schmeicheln.

ANZEIGE

www.citroen.ch

JETZT BEI CITROËN GEWINNEN ALLE. ALLES. JEDEN TAG.

BEIM PREIS GEWINNEN

BEIM LEASING GEWINNEN

TREIBSTOFF GEWINNEN

CITROËN

CRÉATIVE TECHNOLOGIE

CITROËN empfiehlt TOTAL

Die Angebote gelten vom 1. September bis zum 31. Oktober 2012. Angebote gültig für Privatkunden; nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Abgebildete Modelle: Citroën C1 1.0i 68 Manuell Exclusive 5 Türen, mit Option Metallic-Lackierung; Verbrauch gesamt 4,3 l/100 km; CO₂-Emission 99 g/km; Treibstoffverbrauchs-kategorie A. Citroën C3 1.4 VTI 95 Manuell Exclusive, mit Option Metallic-Lackierung; gesamt 5,8 l/100 km; CO₂ 134 g/km; Kategorie C. Citroën C3 Picasso 1.4 VTI 95 Manuell Seduction, mit Optionen: Dachreling und Metallic-Lackierung; gesamt 6,3 l/100 km; CO₂ 145 g/km; Kategorie C. Citroën C4 1.6 VTI 120 Manuell Exclusive, mit Optionen: Sensorpaket und Metallic-Lackierung; gesamt 6,3 l/100 km; CO₂ 146 g/km; Kategorie C. Citroën C5 Tourer 1.6 THP 155 6-Gang-Automatik Exclusive, mit Optionen: Sensorpaket +, Alufelgen 19" Adriatique und Metallic-Lackierung; gesamt 7,3 l/100 km; CO₂ 169 g/km; Kategorie D. CO₂-Durchschnitt aller angebotenen Fahrzeugmodelle 159 g/km.